



# Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 44

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 7,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,  
Claus-Groth-Str. 1, Fernr. 5, 2144.

Hamburg, den 2. November 1918

Anzeigen kosten die aufgespaltene Non-  
paratzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der  
Betrag ist stets vorher einzufenden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

## Auf der Suche nach den Schuldigen.

Wie im gewöhnlichen Leben, so ist es auch im öffentlichen Leben: jedesmal, wenn eine Sache, auf die man große Hoffnungen gesetzt hat, schief geht, werden Sündenböcke gesucht, denen man die Schuld an dem Mißerfolg aufladen kann. So ist es auch heute bei uns in Deutschland; auch bei uns wird die Frage lebhaft erörtert, warum wir nicht schon längst Frieden geschlossen haben und welche Leute die Schuld daran tragen, daß wir bei unsern Feinden jetzt um den Frieden förmlich betteln müssen, während wir ihn früher höchstwahrscheinlich zu viel besseren Bedingungen hätten haben können. An und für sich haben diese Erörterungen wenig praktischen Wert; aber dennoch dürfte es unsere Leser interessieren, die Hauptschuldigen kennen zu lernen, die unser Volk und Land in die Pasche gebracht haben, in der wir uns gegenwärtig befinden.

Eigentlich muß man sich wundern, daß das deutsche Volk länger als vier Jahre hindurch den Kampf gegen eine Welt von Feinden hat bestehen können. Wenn es aber dennoch allmählich ins Wanken geraten ist, so liegt dies, abgesehen von der durch die Absperrung vom Auslande herbeigeführten wirtschaftlichen Notlage, hauptsächlich in der immer mehr wachsenden Volksstimmung gegen den Krieg. Die Volksmassen innerhalb unseres Landes werden von Tag zu Tag mehr erbittert durch den Zustand unserer Lebensmittelversorgung. Sie mußten sich den Hungerriemen fester schnallen, weil die Lebensmittel knapp und teuer waren, und gleichzeitig sahen sie, daß Schleichhandel und Lebensmittelwucher in Blüte standen, und daß die zahlungsfähigen Bevölkerungsschichten noch immer üppig zu leben wußten. Hierdurch wurde eine große Mißstimmung erzeugt, die auch die von der Front auf Urlaub kommenden Soldaten ansteckte, die empört darüber waren, daß das Vaterland, das sie mit ihrem Blute verteidigten, die Frauen und Kinder der Vaterlandsverteidiger stiefmütterlich behandelte, während die Drückeberger und Schieber große Gewinne einheimsten und allen erdenklichen Luxus trieben. Die Beobachtung, daß die wirtschaftlichen Gegenstände unter dem Einfluß des Krieges nicht gemildert worden sind, sondern eine wesentliche Verschärfung erfahren haben, mußte in Millionen Herzen die Frage wecken, ob es denn wirklich noch der Mühe wert sei, für ein solches Rabenaterland Opfer zu bringen. Dieselbe Frage wurde aufgeworfen bei der Beobachtung unserer politischen Entwicklung. Auch hier behielt der alte Klassengegenatz seine Schärfe. Die Rückwärtler aller Schattierungen: konservative Junker und liberale Schlotbarone, orthodoxe Pastoren und weltfremde Professoren, verknöcherte Bureaukraten und verzopfte Militärs, alle diese Leute vertraten nach wie vor den Standpunkt, daß die Angehörigen der Unterschichten als Bürger zweiter Klasse und als Menschen minderen Wertes betrachtet und behandelt werden müßten. Sie wollten von einer politischen Gleichberechtigung und von einer sozialen Gleichwertung nichts wissen und spannen den alten Faden von vor dem Kriege ruhig weiter. Diese offenkundige Zurücksetzung der Volksmassen wurde noch verschlimmert durch zahlreiche behördliche Mißgriffe; sie mußten natürlich die ehemalige Begeisterung in den Massen immer mehr erlöten und die Stimmung auf den Nullpunkt herabdrücken. Und was dies besagt, weiß jeder, der die Bedeutung der Volksstimmung für eine Verteidigung des von Feinden umlagerten Vaterlandes kennt. Will man also die Hauptschuldigen suchen, die unsere innere und äußere Front ins Wanken gebracht haben, so sind es die Lebensmittelwucherer und Volksausbeuter, die Rückwärtler und Volksfeinde.

In derselben Weise, wie die Stimmung in unserm Volke immer mehr verjüngelt wurde, wurde unser Ansehen im neutralen Auslande geschädigt und die Kriegslust unserer Feinde gestärkt. Hier findes besonders die Alldeutschen, die von einer deutchen Weltbeherrschung schwärmten und die Säbelrasseler, die die halbe Welt erobern wollten. Diese Leute haben uns im Auslande in geradezu wahnwitziger

schem Geiste schwall ihnen mächtig der Ramm, und sie verloren jeglichen Maßstab für geschichtliche Möglichkeiten. Ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse glaubten sie, Deutschland könne seinen Feinden einen Gewaltfrieden vorschreiben und sie nach dem Recht des Siegers behandeln; sie benebelten sich selbst mit der Forderung von Eroberungen und Entschädigungen in ungeheurer Höhe, und im Gefühle eines Weltbesiegers verkannten sie die Grenze des Erreichbaren. Wie ein solches Gebahren, das in Reden, Zeitungsartikeln und Gebichten zum Ausdruck kam, auf unsere Feinde wirken mußte, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Die alldeutschen Prahlereien und Drohungen feuerten unsere Feinde zu immer wieder erneuter Kraftanstrengung an und schmebeten sie wie Pech und Schwefel zusammen zur Abwehr der „deutschen Gefahr“. Auch wenn wir ihnen den Frieden anboten, so glaubten sie uns nicht, daß wir einen Verständigungsfrieden suchten, sondern waren überzeugt, daß unser Ziel der Gewaltfrieden des Siegers sei. Hinzu kam noch, daß sie in die Ehrlichkeit der Regierung und in den redlichen Friedenswillen des deutschen Volkes Zweifel setzten. Diese Zweifel wurden genährt durch alldeutsche Nebenarten, die geradezu verbrecherisch genannt werden müssen. So konnte man in großen deutchen Zeitschriften und Zeitungen lesen, daß Krieg und Politik mit Macht und Moral nichts zu tun haben, und daß dem Feinde gegenüber jedes Mittel recht sei, wenn es ihm Schaden und uns Vorteil bringe. Solche hirnverbrannte Aeußerungen großmäuliger Heimträger, die eine moralfreie Gewaltpolitik predigten, wurden natürlich schnell im Auslande bekannt und wirkten dort wie Öl beim Brande. Es ist kaum auszubedenken, wie sehr uns ein solches Maulheldentum im Auslande geschädigt hat, und wenn dieselben Leute, die einstmal die ganze Welt beschludern wollten, jetzt um Frieden betteln, so dürfen sie sich nicht wundern, daß sie mit Mißtrauen betrachtet werden. Nun sitzt Deutschland in einer Sackgasse, und unsere Feinde bekommen immer mehr Oberwasser und schrauben ihre Ansprüche immer höher. Und das verdanken wir im wesentlichen den alldeutschen Maulhelden und Gewaltpolitikern.

So befinden wir uns denn durch die Schuld einer falschen Wirtschafts- und Staatspolitik augenblicklich in einer sehr schwierigen Lage. Die Vertreter des bisherigen Systems haben abgewirtschaftet und verzweifeln an der Möglichkeit, daß sie Besserung schaffen könnten. Deshalb haben sie das Heft aus den Händen gegeben und überlassen nun dem Volke und seinen Führern die Aufgabe, die Karre aus dem Dred zu schieben. Glücklicherweise steckt im deutchen Volke noch ein großes Quantum von Tatkraft und Willensstärke, und so wird es hoffentlich noch gelingen, den ungeheuren, jetzt auf uns anstürmenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Dazu ist aber die wichtigste Vorbedingung, daß die Personen und Gruppen, die schuld sind an unserm nationalen Mißglück, beiseite geschoben und dem Urteil des Volkes ausgeliefert werden.

## Neue Unfallverhütungsvorschriften der Tiefbau-Berufsgenossenschaft.

Seit dem Bestehen der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, vom 1. Dezember 1887 bis jetzt, sind deren Unfallverhütungsvorschriften dreimal geändert worden. Die ersten Vorschriften dieser Art datieren vom 28. Juli 1889; sie waren bis zum 4. Januar 1902, annähernd 12 Jahre, in Gültigkeit. Die abgeänderten Vorschriften vom Januar 1902 haben dann bis Ende Juni 1918, also 16 1/2 Jahre, gegolten. Das ist eine rechtlich lange Zeit, die zweifellos mit der fortschreitenden Entwicklung des Bauwesens, der Tiefbautechnik und des Arbeiterschutzes nicht in Einklang zu bringen ist. Eine dritte und umfassende Aenderung liegt jetzt vor. Der Entwurf dieser neuen Unfallverhütungsvorschriften ist schon am 17. Juni 1913 von der Genossenschaftsversammlung beschlossen worden. Die Genehmigung des Reichsversicherungsamts vom 11. März dieses Jahres hat also ziemlich lange auf sich warten lassen. Welche Ursachen dabei mitgewirkt haben, soll hier nicht untersucht werden.

Der technische Fortschritt im Baugewerbe kommt auch in

Berufsingenossenschaft zum Ausdruck. Die neuen Vorschriften geben ein ziemlich übersichtliches und interessantes Bild, welche Leistungsanforderungen im Tiefbauwesen gestellt werden. Wie bescheiden sind dem gegenüber nach Inhalt und Umfang die Vorschriften von 1889 und 1902; es waren nur Notbehelfe. Es ist eine Eigenart des Tiefbauwesens, daß sich hier alle Bauverufe vereinigen und die verschiedensten Bauweisen zur Anwendung kommen. Dazu kommt weiter in den letzten Jahrzehnten die großartige Entwicklung des Beton-, Eisenbeton- und des Eisenbaues. In keinem Baugewerbe hat wohl die Anwendung der Maschine als Arbeitsmittel solche Fortschritte gemacht, wie beim Tiefbau. Die Leistungsfähigkeit der Wagger, der Hebe-, Transport- und Materialmischungs-maschinen zeigt eine sorgfältige Steigerung. Andererseits hat diese technische Entwicklung auch große Schwierigkeiten hinsichtlich der dabei in Frage kommenden Arbeitermassen zu überwinden. Die ganze Art der vielseitigen Arbeit verlangt körperliche Widerstandsfähigkeit und Umsicht. Dabei sind die meisten Beschäftigten ungelernnt, ein nicht unbeträchtlicher Teil ausländische und sprachunlumbige Arbeiter, was bei der Anwendung von Maschinen nicht geringe Gefahren bietet. Das alles verlangte in den neuen Unfallverhütungsvorschriften Berücksichtigung; daher der nicht unbedeutliche Umfang. In allem sollten dabei auch die jahrelangen Erfahrungen auf dem Gebiete der Unfallursachen berücksichtigt werden.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, Einzelheiten der neuen Vorschriften kritisch zu erörtern. Dahingehend könnte manches gesagt werden. Es soll vielmehr nur ihr gesamter Inhalt und Aufbau kurz betrachtet werden. Die Vorschriften sind geteilt in A Vorschriften für die Betriebsunternehmer und deren Stellvertreter, B Vorschriften für die Versicherten und C in Ausführungs-, Straf- und Schlußbestimmungen. Die Teile A und B enthalten den unfallverhütungstechnischen Inhalt. Was hier ausgeführt wird, ist nach jeder Richtung für alle Beteiligten sehr lehrreich und besonders von den Arbeitern zu beachten. Der Teil A gibt unter II, Besondere Vorschriften, die Schutzmaßnahmen bei Erd- und Feldarbeiten, Oberbauarbeiten, Gräbereten, Steinbrüchen, Transporten zu Wasser und zu Lande, Kanalisations-, Gas-, Wasser-, Kabel- und sonstige Leitungen; im weiteren die Vorschriften für Dränagen, Tunnel-, Schacht- und Brunnenbau, Tiefbauwerke, Gründungen und Abbruch von Tiefbauten, Sprengarbeiten, Arbeiten unter Anwendung von Preßluft, Kessel-, Maschinen- und elektrische Anlagen. Für die letzteren Neuanlagen oder Ausbesserungen und für die Betriebsführung elektrischer Starkstromanlagen sind die jeweiligen Vorschriften des Verbandes deutscher Elektrotechniker maßgebend. Auf Nebenbetrieben finden, soweit die vorliegenden Unfallverhütungsvorschriften dafür nicht besondere Bestimmungen enthalten, die Vorschriften der Berufsingenossenschaft Anwendung, zu denen diese Betriebe gehören, wenn sie Hauptbetriebe wären. Wir sehen hier, welche Anforderungen jetzt auf diesem Gebiete des Tiefbauwesens gestellt werden. Es wird den Betriebsleitern und auch den Arbeitern nicht möglich sein, die gesamte n Vorschriften in sich aufzunehmen. Daher ist auch die Möglichkeit vorgesehen, für Einzelarbeiten und Einzelarbeitsstätten die hierbei in Frage kommenden Vorschriften gesondert auszuhängen. Hierzu wären aber auch einige zeichnerische Darstellungen dieser Unfallverhütung erforderlich. In dem Teil B wird den Arbeitern sehr klar und verständlich ihr Verhalten zur praktischen Durchführung der Unfallverhütung vorgeschrieben.

Zu dem Aushang und der Kenntnisnahme der Unfallverhütungsvorschriften durch die Beschäftigten wird dann im weiteren unter Teil C (Ausführungsbestimmungen usw) in den §§ 2, 3 und 4 gesagt: „Ist der Aushang nach Art der Baustelle nicht durchführbar, so haben die aufsichtführenden Personen den Arbeitern die in Frage kommenden Vorschriften mündlich wiederholt bekanntzugeben. Werden auf der Baustelle mindestens 15 der deutchen Sprache nicht mächtige, gemeinsam eine andere Muttersprache sprechende Arbeiter beschäftigt, so sind ihnen diese Unfallverhütungsvorschriften in dieser Sprache nach den Bestimmungen über den Aushang entweder gedruckt oder durch mündliche Unterweisung bekanntzugeben. Die mündliche Belehrung ist beim Arbeitswechsel zu wiederholen. Jede Baustelle ist außerdem ständig zu beaufsichtigen. Ist der Unternehmer behindert oder selbst nicht sachverständig, so hat er sachverständige, in der jeweiligen Arbeit vorgebildete und erfahrene Aufsichtspersonen zu bestellen. Die Unternehmer und die mit ihrer Stellvertretung betrauten Personen haben für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen, auch die Arbeiter auf die mit ihrer Beschäftigung verbundenen, insbesondere außergewöhnliche Gefahren aufmerksam zu machen und darauf zu achten, daß die Arbeiter diese Vorschriften gewissenhaft beachten.“ Den Unternehmern und den aufsichtführenden Personen ist hier sehr eindringlich ihre Verantwortlichkeit zur Unfallverhütung nahegelegt. Doch wird es aber auch darauf ankommen, die Arbeiter bei

den Tiefbauten für die Erhaltung von Leben und Gesundheit von dem Wert und der Bedeutung dieser neuen Unfallverhütungsvorschriften zu überzeugen. Jeder Tiefbauarbeiter muß sich die wichtigsten Bestimmungen dieser Vorschriften einguprägen suchen.

### Gegen die Geldhamsterer!

In den letzten Wochen hat sich die aus der Anfangszeit dieses Krieges bekannte Erscheinung wiederholt, daß das Papiergeld aus der Fesslichkeit verschwindet. Damit es sich damals um das Metallgeld, so kommt diesmal die an dessen Stelle herausgegebene Papiergeld in Betracht. Die vom Reich herausgegebenen Banknoten und Darlehensklassenscheine sollen der Zirkulation, dem Bedarf an Zahlungsmitteln dienen. Dieser Bedarf wird gegenwärtig auf 10 bis 11 Milliarden Mark geschätzt. Welche Anforderungen an den Geldumlauf gestellt werden, geht daraus hervor, daß in der Woche vom 21. bis 30. September 1918 der Banknotenumlauf der Reichsbank einen Mehrbedarf von rund 965 Millionen Mark erforderte. Für die entsprechenden Wochen von 1917 und 1918 werden die Zahlen auf 601,3 und 599,9 Millionen Mark angegeben. Bei der Ausgabe des Papiergeldes muß damit gerechnet werden, daß dasselbe wieder in den Umlauf gelangt, also seiner eigentlichen Bestimmung, als Zahlungsmittel zu dienen, nicht entgegen wird. Mag der Arbeiter seinen Lohn in Zahlungsmitteln, Kleidung, Mietzins und Steuern, der Gewerbetreibende seine Einkünfte in Rohstoffe, Löhne und Lebensbedürfnisse, der Händler seine Einnahmen in Waren, Transportkosten und Lebensaufwand, der Hausbesitzer seinen Zinseinkünfte in Hypothekenzinsen, Reparaturzahlungen und Haushaltskosten umsetzen, und mögen alle diese Kreise etwas davon ersparen und auf Bankkonten oder in der Sparkasse anlegen, so kehrt ihr Geld auf allen diesen Wegen in den allgemeinen Umlauf zurück. Denn auch die Banken und Sparkassen häufen das Papiergeld nicht auf, sondern führen es auf diese oder jene Art dem allgemeinen Verkehr wieder zu. Bei normalem Geldumlauf müssen die für Auszahlungen benötigten Barmittel ungefähr den Einnahmen entsprechen, und es kann sich höchstens um den Betrag verlorengegangener Zahlungsmittel sowie um die Schaffung eines Ausgleiches für gesteigerte Produktion oder Warenzirkulation handeln.

Seit zwei bis drei Wochen ist aber wieder ein Zustand eingetreten, wonach der Umlauf von Zahlungsmitteln in bedenklich wachsendem Maße hinter dem Zahlungsbedarf zurückbleibt. Diese Erscheinung, die sich besonders auf die Industriebezirke erstreckt, kann durch erhöhte Lohnzahlung, Teuerung und dergleichen allein nicht mehr erklärt werden; denn das Marko läßt alle diese Voraussetzungen weiter hinter sich. Sie ist nur zu erklären durch die Annahme, daß ein großer Teil des Publikums — Arbeiter, Gewerbetreibende, Händler — ihr Geld möglichst vom Verkehr zurückhalten, es aufspeichern, also Geld hamstern. Die Gründe für ein solches Verhalten mögen verschiedener Natur sein: der eine mag diese Bank, der andere jene Sparkasse nicht mehr für sicher genug halten, ein dritter mag an Inflationen glauben und ein vierter gar schon das ganze Deutsche Reich zugrunde gerichtet sehen, weshalb sie es vorziehen, ihr Geld selbst zu verwahren, um nötigenfalls die erforderlichen Zahlungsmittel in der Hand zu haben. Sie alle verkennen aber den wahren Wert und die Aufgabe des Geldes, vor allem des Papiergeldes. Würden die Zustände wirklich eintreten, welche diese Vermögensbesitzer befürchten, würden Bank, Sparkasse, Gemeinde, Staat und Reich zahlungsunfähig werden, so hat das in ihrer Hand befindliche Papiergeld nicht mehr Wert als der Bankausweis oder das Sparbuch. Auch der größte Schatz an Papiergeld gibt ihnen dann nicht den notwendigen Lebensunterhalt. Eine Illustration dazu gemahnen die Zustände in Petersburg und Moskau, wo das Brot mit Hunderten von Rubel Scheinen aufgewogen wird. Das Papiergeld wird entwertet,

wenn die Nation nicht mit ihrer ganzen Wirtschaftskraft dahintersteht.

Aber die Geldhamsterer entwertet schon heute das Papiergeld; denn sie zwingt unmittelbar zur Ausgabe neuer Banknoten von Banknoten, ohne daß das Nationalvermögen dadurch eine Steigerung erfährt. Eine größere Menge von Geld, auf die gleiche Warenmenge bezogen, drückt den Wert des Geldes herab. Das Geld, das sich dem Verkehr entzieht, schädigt sich selbst. Und dabei bleibt es nicht; denn die allgemeine Geldentwertung führt zu weiteren Preissteigerungen auf allen Gebieten und ruft neuen Geldmangel, neue Geldvermehrung hervor. Die Schraube ohne Ende würde das ganze Volk aufpressen, wenn die Notenpresse überhaupt instand wäre, diesen Anforderungen zu genügen. Das ist sie aber schon bisher nur mit den größten Anstrengungen gewesen, und sie vermag schon jetzt gegenüber den ins Riesenhafte geschwellten Anforderungen, Dies führt aber zu einer andern Gefahr, an die die Geldhamsterer wohl nicht gedacht haben mögen. Die Unmöglichkeit, dem wachsenden Geldbedarf zu genügen, veranlaßt Zahlungsmittelbesitzer, die sich unmittelbar in Wirtschaftskrisen umsetzen. Die Arbeiterbelegschaften, die am Jahltag ihren Lohn nicht erhalten können, kommen nicht wieder zur Arbeit; der Kaufmann, der keine Zahlung erhält, liefert nicht mehr; der Kleinhändler erhält keinen Kredit mehr und bricht zusammen. Die Lebensmittelversorgung stockt, die Produktion wird stillgelegt, die Verdienstmöglichkeit sinkt, die Löhne sinken, während die Nahrungsmittelpreise rapid steigen. Darunter leidet das gesamte Wirtschaftsleben, in erster Linie diejenigen selbst, die durch ihre Hamsterer den Anstoß zu dieser rückläufigen Bewegung geben.

Jeder Reichsangehörige weiß es längst im fünften Kriegsjahr, daß man sein Geld nicht daheim aufspeichern darf, sondern es den öffentlichen Kassen zuführen soll. Wenn eine private Bank nicht ausreichend sicher erscheint, der Frage sein Geld zu einer der zahlreichen Reichsbankstellen oder Sparkassen. Für erstere gewährt die Reichsbank, für letztere gewähren die Gemeinden, Kreise, Provinzen oder Bundesstaaten jede Sicherheit, die unter solchen Verhältnissen überhaupt denkbar ist. Nur Kleinlicher Eigenneuh kann das Geld zurückhalten, den Abstrom unseres Wirtschaftslebens unterbinden und die Schwierigkeiten, die das deutsche Volk in diesen Tagen zu überwinden hat, in verhängnisvoller Weise verschärfen.

In die deutsche Arbeiterschaft richten wir die dringende Aufforderung, sich eines solchen selbstschädigenden Verhaltens nicht schuldig zu machen. Jeder klare seine Mitarbeiter auf, zu welchen Folgen es führen muß, wenn die Geldhamsterer sich fortsetzt. Unsere Lage ist schon durch die Nahrungsmittelhamsterer genugam verschlimmert worden. Die Geldhamsterer dürften sich rühmen, den Sieg der Feinde, die auf den Zusammenbruch des deutschen Volkes rechnen, zu vervollständigen.

### Unsere Filialen unter dem Kriegszustand.

Stillesheim. Am 9. Oktober fand im Gewerkschaftshaus unsere Vierteljahrsversammlung statt. Aus dem vom Kollegen Grote erstatteten Bericht geht hervor, daß die Filialeinnahmen des dritten Quartals sowie der Mitgliederbestand gegenüber dem zweiten Quartal dieselben geblieben sind. An Mitgliederbeiträgen wurden M 214,80 vereinnahmt. Mit dem Kassenbestand von M 561,80 betrug die Gesamteinnahme M 845,80, der eine Ausgabe von M 254,15 gegenübersteht. Der wichtigste Ausgabeposten ist die Krankenunterstützung. An 6 Mitglieder wurden für 127 Krankheitsstage M 218,25 verausgabt. Die Zahl der eingetragenen Mitglieder betrug am Schlusse des dritten Quartals 18. Auf Antrag des Kollegen Burmeister wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die am 1. Juni eingetretene Teuerungszulage wurde gezahlt. Nur in einem Geschäft mußten unsere Kollegen ihren Arbeitgeber daran erinnern. Die dreimalige Teuerungszulage während des Krieges beträgt M 4 gleich 67 pSt. Ein Arbeitgeber zahlt seinen Gehilfen, um wohl den Teuerungserhöhten Rechnung zu tragen, 15 p über den festgesetzten Tariflohn (M 1 die Stunde). Da die Lebensmittelpreise jedoch weit über 100 pSt. gestiegen sind, außerdem die Mieten, Steuern, Mietzins und Schuße eine wesentliche Steigerung erfahren haben, muß die Lohnsteigerung als viel zu gering bezeichnet werden. Aus diesem Grunde wurde der Vorstand beauftragt, mit dem Bezirksleiter Buch in Verbindung zu treten, um mit dem Arbeitgeberverband sobald als möglich abermals über eine Teuerungszulage zu verhandeln. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

### Aus unserm Beruf!

Oberrhein. Am 11. September starb der Kollege Franz Münch im Alter von 60 Jahren. Mit ihm verliert die Zahlstelle W a r m e n einen pflichttreuen und allzeit tätigen Kollegen. Er hat als langjähriger Hauskassierer und in der Agitation durch ständige Kleinarbeit für unsern Verband in der Zahlstelle und Filiale stets sein Bestes geleistet. Kollege F r. Münch, 1808 in Oberrabenstein (Königreich Sachsen) geboren, seit 1895 Mitglied im Verband, ist leider, wie so mancher in dieser schweren Zeit, viel zu früh den Seinen und unserm Verband entzogen worden. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

### Gewerkschaftliches.

Im Interesse der Arbeitslosenfürsorge richtete das Mainz er Gewerkschaftsarteil nachstehende Eingabe an den Oberbürgermeister und die Stadtverordnetenversammlung in Mainz:

Nach menschlichem Ermessen dürfte der Weltkrieg in absehbarer Zeit sein Ende erreichen. Die Umschaltung unseres ganzen Wirtschaftslebens von den Kriegs- zu den Friedensverhältnissen wird längere Zeit in Anspruch nehmen und große Arbeitslosigkeit im Gefolge haben. Schon in normalen Zeiten drückt die Arbeitslosigkeit sehr schwer; um so mehr aber nach der langen Kriegsdauer, wo ein großer Teil der Bevölkerung völlig verarmt ist. Ganz besonders hart würde die Arbeitslosigkeit die seit Jahren im Felde stehenden Männer und deren Familien treffen. Die Arbeitslosigkeit, verbunden mit weiterem Umkreisreisen von Not und Elend, trägt die größten Gefahren für eine gedeihliche Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Aufbaus im Innern Deutschlands in sich. Es muß daher Vorkehrungen getroffen werden, die von der wirtschaftlichen Krise Betroffenen vor der äußersten Not zu bewahren. Das deutsche Volk hat sich im Laufe des Krieges, noch mehr als in früheren Jahren, ein Anrecht erworben, vor Not und Elend geschützt zu werden.

Da eine reichsweite Arbeitslosenfürsorge noch nicht besteht, es auch sehr fraglich ist, ob bis zu dem kritischen Zeitpunkt eine solche geschaffen wird, halten wir es für dringend notwendig, daß die feinerzeit von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Arbeitslosenfürsorge ausgebaut wird.

Wir richten daher an den Oberbürgermeister der Stadt Mainz und die Stadtverordnetenversammlung die dringende Bitte, Maßnahmen zu treffen, daß den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit bei den vielen durch den Krieg rückständigen Arbeiten in den städtischen Betrieben gegeben wird. Ferner bitten wir, genügend Mittel zur Erbauung von Wohnhäusern bereitzustellen, um auch hierdurch die Arbeitslosigkeit zu vermindern und gleichzeitig der Wohnungsnot zu steuern.

Da aber all diese Maßnahmen nicht ausreichen, alle Arbeitslosen zu beschäftigen, bitten wir, die für die Ar-

### Das Malergewerbe und der Winter.

In Nr. 11 des „Vereins-Anzeigers“ haben wir schon in untern Ausführungen „Für Malerarbeiten im Winter“ darauf hingewiesen, daß in der bekannten und weitverbreiteten Fachzeitschrift „Deutsche Malerzeitung die Wappe“ in dieser Zeit die Zukunft unseres Gewerbes ja überaus wichtigen Frage von den verschiedensten Gesichtspunkten aus Stellung genommen wurde. Wir erachten es für notwendig, die hier geäußerten zureichenden und überzeugenden Ansichten zum Ausdruck zu bringen; handelt es sich doch um Bestrebungen, die sowohl im allgemeinen Interesse als auch besonders in dem unserer Berufscollegen liegen.

Neuere der Verfasser anschließend auf die Klagen über den Rückgang der Zahl der Lehrlinge und die Abwanderung älterer Gehilfen aus unserm Beruf hingewiesen hat, führt er weiter aus:

Ohne Frage kommen hierfür mehrere Ursachen in Betracht; als eine der wichtigsten aber ist unbedingt die Unmöglichkeit in den Arbeitsverhältnissen des Berufs, namentlich der Gehilfen, anzusehen. Viele Meister beschäftigen uns in dringender Arbeitszeit Gehilfen, wenn es gut geht, von April bis September; die übrige Zeit bewältigen sie die kommenden Aufträge leicht allein; in den eigentlichen Wintermonaten haben sie gewöhnlich bereits überhand genommen zu tun. Andere Geschäfte, in denen im Sommer 20 bis 30 Gehilfen arbeiten, beschäftigen im Winter kaum 3 oder 4, und so ist es progressiv in allen Geschäften; im Sommer schnell viel, im Winter wenig oder gar keine Hilfskräfte.

Das wäre an sich allein keine bedenkliche Erscheinung; es wäre sogar — vielleicht — ein idealer Zustand, wenn der Verdienst des Summers für Meister wie für Gehilfen, so bemessen wäre, daß man nur 3 oder 4 Monate zu arbeiten braucht und die übrige Zeit zur weiteren Ausbildung, zum Studium hergeben könnte. Das wäre für den einzelnen sehr zuträglich und nicht unähnlich der künstlerischen Weiterentwicklung des Berufs im ganzen. Vorläufig allerdings ist der Gedanke daran eine Utopie; denn der Verdienst ist weit entfernt davon, das zu ermöglichen.

Für die Gehilfen bedeutet das gegenwärtige Ver-

für die Meister einen großen Verdienstausfall. Galt man dazu die Tatsache, daß selbst tüchtige Durchschnittsarbeiter nicht so bezahlt werden wie Gehilfen anderer Berufe, Maurer, Zimmerer, Elektriker usw., so sind der geringe Zugang und die Abwanderung in sichere, feste Stellen kein Wunder.

Ebenso ist dadurch auch die übergroße Zahl der sogenannten Kleinmeister, die fast das ganze Jahr allein arbeiten, leicht zu erklären. Gerade die Unsicherheit des Gehilfeneinkommens treibt manche und nicht die schlechtesten! dazu, sich bei passender Gelegenheit selbständig zu machen, obwohl sie danach zumeist ungünstiger daran sind als Gehilfen in fester Stellung. Aber — die Selbständigkeit laßt, zumal die Hoffnung auf klingende Erfolge ja auch vorhanden ist, da ferner auch die Gründung des eigenen Geschäfts verhältnismäßig wenig Barmittel erfordert und es außerdem Händler genug gibt (wenigstens vor dem Kriege genug gab), die jedem Anfänger bereitwilligst Kredit geben. Die in der Schule und der Praxis erworbenen technisch-künstlerischen Kenntnisse kann der kleine Meister freilich kaum jemals anwenden; er muß um das tägliche Brot hart arbeiten, und mancher würde gern wieder Gehilfe sein er könnte, wenn sich ihm eine feste Stellung böte.

So ist eine große Zahl der Gehilfen und der kleinen Meister gezwungen, sich im Winter um irgendeine Nebenbeschäftigung umzusetzen. Daß der Wettbewerb mit den größeren, wirtschaftlich leistungsfähigeren Geschäften den kleinen Meister namentlich in der stillen Zeit oft dazu drängt, zum Preisdrücker zu werden, sei nur nebenbei erwähnt; ebenso wie die bekannte Tatsache, daß die lange Arbeitslosigkeit viele Gehilfen zu der sogenannten W f u s c h a r b e i t veranlaßt, bei der in der Regel auch unter dem Normalpreis gearbeitet wird.

Es ist darüber und dagegen schon viel gesprochen und geschrieben worden, und die Preisdrücker und die W f u s c h a r b e i t sind ohne Zweifel ungeheure Answüchse am Körper des Gewerbes. Im Einzelfalle aber ist das Vorgehen der Betroffenen, wenn auch nicht entschuldigbar, menschlich recht wohl begreiflich; denn zumeist steht bittere Not als treibende Ursache dahinter. Gatten wir im Beruf das ganze Jahr hindurch gleichmäßige Arbeitsgelegenheit, ist wäre solchen Answüchsen der Nährboden entzogen.

Diese Uebelstände in ihrer Gesamtheit bestehen, wie jeder weiß, seit Jahrzehnten, wohl schon seit Jahrhunderten, und es ist sicher, daß nicht nur die einzelne Person, sondern der Beruf als Ganzes dadurch Schaden nimmt. Es liegt deshalb die Frage nahe: Muß das so sein und bleiben? Läßt sich wirklich dagegen nichts tun?

Es sollte doch befragt werden, eine Veränderung herbeizuführen. Für sich selber versucht es ja wohl jeder, sich Winterarbeit zu verschaffen; aber das kann nicht genügen; es sollte auf eine allgemeine Veränderung hingearbeitet werden. Das würde dem Wohle des Ganzen dienen, und gerade jetzt dürfte die geeignete Zeit dafür sein, die Allgemeinheit entsprechend zu bearbeiten.

Der Krieg, der infolge seiner langen Ausdehnung und langen Dauer alle Kräfte unseres Volkes in Anspruch nimmt, hat in vielen Gewerben Veränderungen bewirkt, die man früher glatt abgelehnt und für unmöglich erklärt haben würde. Man denke nur an die Ausdehnung der Beschäftigung von Frauen in allen Berufen, an die Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien, an die Verarbeitung von Erbsenmehl (nicht nur im Malergewerbe) usw. Und all das erweislich unmögliche hat sich doch wohl durchführen lassen, so daß zweifellos als recht geeignete Einrichtungen, die anfangs als vorübergehend gedacht waren, auch nach dem Kriege noch fortbestehen werden.

Wie der Krieg auf unser Gewerbe eingewirkt hat, soll hier nicht näher betont werden; es weiß das jeder aus eigener Erfahrung. Aber, trotz Materialmangel, Teuerung und Beschlagnahme: Arbeit gäbe es, auch gut bezahlte Arbeit, jedoch: die Arbeit drängt sich genau wie im Frieden in die Zeit von etwa Mitte März bis Mitte Oktober zusammen; der Rest ist — Winter. Nun ist naturgemäß die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte durch den Krieg stark vermindert worden. Tausende von Berufsgenossen stehen im Felde, viele haben die Verteidigung des Vaterlandes mit ihrem Leben bezahlt — möge die Erde ihnen leicht sein! Viele andere arbeiten, mehr oder minder abgelöst vom Beruf, in kriegswichtigen Betrieben. Eine natürliche Folge davon ist, daß die Meister in der Zeit des geschäftlichen Hochdrucks April—September, zu wenig Leute, vor allem zu wenig geübte Arbeiter haben, daß sie deshalb — genau wie schon im Frieden oder vielmehr noch stärker — aus-

beitslosen der Stadt Mainz geltenden Unterstützungssätze zu erhöhen und der verminderten Kaufkraft des Geldes anzupassen.

Es dürfte sich ferner empfehlen, mit den maßgebenden Behörden der umliegenden Kreise wegen Schaffung von Arbeitsgelegenheit und einheitlicher Unterstützungssätze für die Bewohner der Umgegend von Mainz in Verbindung zu treten, um hierdurch den Zustrom der Arbeitslosen von dem flachen Lande nach der Stadt zu unterbinden.

Weiterhin wären Anweisungen ergehen zu lassen, daß bei dem späterhin erfolgenden Abbau der durch die Stadt geschaffenen kriegswirtschaftlichen Betriebe und bei Entlassungen in den verschiedenen städtischen Betrieben beschäftigten Ausschussarbeiter auf die soziale und wirtschaftliche Lage der Betroffenen Rücksicht genommen wird.

**Ergebnislose Tarifverhandlungen im Leder- und Bekleidungsindustrie.** Die vom Verband der Sattler und von dem christlichen Lederarbeiterverband gestellten Anträge auf Erhöhung der jetzigen Feuerungszulage und Regulierung der Arbeitszeiten kamen am 8. Oktober im Tarifamt des Leder- und Bekleidungsindustrie zu Berlin zur Verhandlung. Obwohl die Unternehmer im Reich fast durchgängig die Wünsche der Arbeiter als berechtigt anerkannt hatten und einen dahingehenden Spruch des Tarifamtes erwarteten, zeigten sich die Vertreter der Unternehmerorganisationen durchaus ablehnend und erklärten, nur Familienbätern mit mehr als zwei Kindern eine geringe Verbesserung „aus eigener Tasche“ zahlen zu wollen. Sofern die Arbeitervertreter weitere Forderungen hätten, sollten sie erst eine Entscheidung der auftraggebenden Behörden herbeiführen, wonach den Fabrikanten die aufgewendeten Summen aus Reichsmitteln wieder ersetzt würden. Die Unternehmer behaupteten, daß die Behörden gar nicht an eine Lohnaufbesserung denken, sondern sich mit dem Abbau der Lohnnebeschäftigten. Diesen Ansichten trat von den anwesenden Behörden der Vertreter des Kriegsministeriums und des Bekleidungsbeschaffungsamtes entgegen; nicht an einen Abbau der Löhne, sondern an eine Verbilligung der Beschaffungskosten sei im Ministerium gedacht worden. Die Arbeitervertreter lehnten die mehr als minimalen Zugeständnisse ab. Da die Unternehmer auch nach eindringlichem Zureden des Vorsitzenden sich auf nichts anderes einließen, wurden diese Beratungen ergebnislos abgeschlossen.

Genau dasselbe Resultat zeigten die Beratungen in der Frage der Arbeitszeitregulierung. Durch ungleiche Verteilung der Aufträge werden zum Teil erhebliche Leberstunden gemacht und auf der anderen Seite finden Entlassungen statt beziehungsweise wird verkürzt gearbeitet. Der allmähliche Abbau der übermäßigen und die Einführung der vertraglichen Arbeitszeit ist daher ein Gebot der Notwendigkeit, ebenso die Festlegung von Bestimmungen im Falle der Einschränkung in der Leder- und Bekleidungsindustrie. Auch hier lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen, bindende Beschlüsse zu fassen, ab und bezugsichtigten in keiner Weise die Warnungen, daß alles getan werden müsse, um Deunruhigungen in Arbeiterkreisen zu vermeiden. Die Arbeiterorganisationen haben nun beschlossen, ihre Forderungen dem Kriegsministerium zu überreichen.

### Arbeiterversicherung.

**Wahrt den Anspruch auf Altersrente!** Nach § 1280 der Reichsversicherungsordnung erlischt die Anwartschaft zur Invalidenversicherung, wenn während zweier Jahre nach dem Ausscheidungsstichtag der letzten Quittungsart nicht mindestens zwanzig Markten auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung geleistet worden sind. Um also die Anwartschaft zu erhalten, müssen diejenigen, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, selbst Markten Lieben. Hat jemand vor dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht mindestens 200 Markten, davon 100

### Der Letzte.

Morgen, Sohn, da mußt du wandern;  
Denn morgen mußt du fort von hier.  
Morgen, morgen, mit den andern  
Scheidest du nun auch von mir.

Bleibst die schicksalsschwere Straße,  
Die schon deine Brüder gingen,  
Die so gut wie du, mein Jüngster,  
An der Mutter Herzen hingen.

Heute rückt mir vor die Augen  
Ihre schwere Scheidestunde,  
Und mich drückt auß' neue nieder  
Ihre harte Todesstunde.

Will das wilde Völkermorden  
Mir auch meinen Letzten rauben?  
Ach, ich kann an dieses Opfer  
Weber denken, weber glauben.

Rücke näher, lieber Junge,  
Blicke fest mir in die Augen;  
Wollen noch die wen'gen Stunden  
Ineinander untertauchen.

Sage mir mit deinen Blicken,  
Daß du baldigst wiederkehrst;  
Daß du nicht als letztes Opfer  
Deiner Mutter Schmerz vermehrest.

Leibes Hoffen laß' ich ahnen,  
Und ich les' in deinen Zügen,  
Daß die sel'ge Hoffnung nimmer  
Wird ein Mutterherz betrügen.

Komm, mein Junge, laß dich herzen,  
Laß dich feste an mich drücken.  
Kannst ja nur noch wen'ge Stunden  
Deine Mutter so beglücken. Franz Grille.

auf Grund der Versicherungspflicht gelebt, so erhält er sich den Anspruch auf Invalidenrente, wenn er 20 Markten in zwei Jahren lebt. Diejenigen, die von Anfang an freiwillig der Versicherung angehört, haben eine Wartezeit von 500 Wochenbeiträgen zu erfüllen; diese müssen dann aber alle zwei Jahre mindestens 40 Markten Lieben. Vielfach hört man die Meinung aussprechen, es genügt, wenn ich in zwei Jahren 20 Markten Liebe. Wie oben dargelegt, genügt diese Zahl von Markten, soweit der Anspruch auf Invalidenrente in Betracht kommt, nicht aber unter allen Umständen, wenn es sich darum handelt, das Anrecht auf Altersrente zu erlangen. Um Altersrente zu erlangen, muß der Versicherte bei Zurücklegung des 65. Lebensjahres mindestens 1200 Markten gelebt haben. Für solche Versicherten, die bei Inkrafttreten der Versicherung, nämlich am 1. Januar 1891, das 65. Lebensjahr überschritten hatten, mindert sich diese Zahl um 40 für jedes Lebensjahr über das 65. hinaus. Sind die erforderlichen Beitragswochen nicht erfüllt, wird der Anspruch auf Altersrente abgewiesen, muß der Versicherte dann so lange warten, bis die erforderliche Zahl erreicht ist. Dieser Schaden läßt sich durch die Verwendung einer größeren Zahl von Beitragsmarkten abwenden. Einige Beispiele sollen das Vorhergesagte dartun.

Angenommen, ein Versicherter A. scheidet im 40. Lebensjahre aus der Versicherungspflicht aus. Er hat 1000 Markten gelebt. Bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres hat er noch 25 Jahre zurückzulegen. Bleibt nun A. alle zwei Jahre mindestens zwanzig Markten, so wird er bis zum 65. Jahre noch 250 Markten Lieben können. 1000 Pflichtenmarkten und 250 Markten auf Grund der Weiterversicherung ergeben 1250 Markten. A. hat also den Anspruch auf Altersrente noch erworben.

Anderer jedoch in folgenden Fällen. B. ist ebenfalls 40 Jahre alt beim Beginn der Weiterversicherung. Er hatte bis dahin nur 600 Markten gelebt, es fehlen ihm also an der Wartezeit zur Altersrente noch 600 Markten. Da er auch 25 Jahre warten muß, würde er, wollte er gleichfalls alle zwei Jahre nur 20 Markten Lieben — also 250 Markten in den 25 Jahren — bei Vollendung des 65. Lebensjahres nur 850 Markten nachweisen können; sein Anspruch müßte also abgelehnt werden. Will B. den Anspruch bei Vollendung des 65. Lebensjahres erwerben, muß er daher alle Jahre mindestens 21 Markten Lieben. C. ist 60 Jahre alt, hat 800 Markten gelebt, ihm fehlen also noch 400 Markten. Diese 400 Markten müssen bis zur Vollendung des 65. Jahres, also innerhalb fünfzehn Jahren gelebt werden. C. hat also jährlich 27 Markten zu Lieben.

Wird jemand vor Vollendung des 65. Lebensjahres invalid, so kommen ihm die mehr gelebten Markten gleichfalls zugute, da sich die Invalidenrente mit jeder mehr und in höherer Klasse gelebten Marke erhöht.

Wir glauben, durch diese wenigen Beispiele gezeigt zu haben, wie notwendig es ist, eventuell auch über die Zahl von 20 Markten innerhalb zweier Jahre Markten zu Lieben. Kann der freiwillig Versicherte die Berechnung nicht vornehmen, wendet er sich am besten an das zunächst gelegene Arbeitersekretariat, wo ihm zweckdienlich Rat erteilt werden wird. Bei Beachtung des Dargelegten schützt sich mancher vor Nachteilen.

### Bewerbe- und soziale Hygiene.

**Das Reichsgesundheitsamt über die Grippe.** Auf Veranlassung des Reichsamts des Innern hat sich am 18. Oktober das Reichsgesundheitsamt mit der Ausbreitung der Grippe und ihrer Bekämpfung befaßt. Hierüber wird folgendes bekanntgegeben:

Nachdem die Grippe nach ihrem Ausbrechen im Juni und Juli dieses Jahres wesentlich zurückgegangen war, hat sie im Laufe des Oktobers wieder stark zugenommen. Die Zunahme erstreckt sich auf das ganze Reichsgebiet. Die Krankheit ist diesmal mit schwereren Erscheinungen verbunden als vordem. Besonders bei jüngeren Personen verläuft die Krankheit ziemlich heftig; treten Komplikationen, namentlich Lungenentzündung, hinzu, so endet sie nicht selten tödlich. Aber auch bei der bekannten Influenzepidemie des Winters 1889/90 sind tödliche Fälle nicht selten geahnt worden; es wurde damals die Zahl der Todesfälle auf 1/2 bis 1 vom Hundert der Erkrankten geschätzt. Das Gerücht, daß es sich bei den neuerdings eingetretenen raschen Todesfällen um Lungenpest handle, ist hinfällig. Bakteriologische Untersuchungen, die in zahlreichen Fällen vorgenommen worden sind, haben mit Sicherheit ergeben, daß jene Annahme unbegründet ist. Übrigens ist das gehäufte Auftreten der Grippe nicht nur in Deutschland wahrzunehmen, sondern wird aus fast allen europäischen Staaten, ja selbst aus Süd-Afrika berichtet.

Da die Krankheit äußerst leicht übertragbar ist, sich rasch entwickelt und der Krankheitsreger zuerst weit verbreitet ist, stoßen vorbeugende Maßnahmen allgemeiner Art auf erhebliche Schwierigkeiten. Die von der Öffentlichkeit dringend geforderte Schließung der Schulen rechtfertigt sich zweifellos da, wo unter Schülern und Lehrern die Krankheit herrscht oder wo nach Lage der Verhältnisse durch die Schüler eine Einschleppung der Krankheit aus der Familie in die Schule zu befürchten ist. Nur nach Prüfung der

zwungen sind, nach Möglichkeit ungelernete, berufsfremde Leute zu nehmen, notdürftig anzulernen und von diesen dann das teure und so schwer zu bekommende Material verarbeiten zu lassen. Die Arbeit kann deshalb unmöglich so gut ausfallen, wie sie bei Ausführung durch fachkundige Gehilfen und bei genügendem Zeiterbrauch geworden wäre, und außerdem wird so viel mehr des teuren Materials verbraucht, als nötig und nützlich wäre.

Wir fragen noch einmal: Ruß das so sein? Und warum ist das so?

Genau betrachtet, ist das ganze Winterelend auf ein Vorurteil, eine vorgefaßte oder vielmehr von altersher eingebürgerte Meinung des Publikums zurückzuführen. Ähnlich so war es im Wäldergewerbe mit der nun wohl für immer beseitigten Nacharbeit. Vor dem Kriege galt diese wohl als wenig bequem, aber als unvermeidbar; jetzt geht es ganz glatt auch so; die Welt steht noch, und noch keiner und keine ist daran gestorben, daß es jetzt morgens zum Kaffe keine frischen Brötchen mehr gibt. Solche festwurzelnde Vorurteile der Menge sind eben nur durch Zwang, durch höhere Gewalt zu beseitigen.

Ein Vorurteil ist es aber auch, wenn allgemein die Ansicht verbreitet ist, man dürfe und könne im Winter keine Malerarbeiten machen lassen, die Farbe trockne nicht oder „es“ würde nicht halten, und was dergleichen Einwände mehr sind. Freilich sitzt dieses Vorurteil nicht nur bei der landläufigen Ansicht, sondern auch bei Personen und Stellen, die es besser wissen könnten, bei Baumeistern und Bauämtern, Betriebsbehörden und Verwaltungsräten usw. so fest, daß vom Einzelnen nur schwer dagegen anzukämpfen ist.

Mit Zwang und höherer Gewalt wird in diesem Falle nichts auszurichten sein, weil das Malergewerbe über solche Hilfsmittel nicht verfügt, und den betreffenden Stellen, die die Macht dazu hätten, die Sache wohl nicht wichtig genug erscheinen mag. Es wäre aber recht wohl möglich, diese falsche Anschauung endlich einmal zu revidieren und zu beseitigen, wenn die maßgebenden Behörden und sonstigen Stellen sich überzeugen lassen wollten. Der Hinweis auf den Umstand, daß es immer so gewesen sei, kann nicht stichhaltig sein, um die Veränderung kurzerhand abzulehnen. Weht es doch auch in andern Berufen, so manches mal

man früher für unmöglich ansah. Das Malergewerbe ist ohne Zweifel von den winterlichen Witterungsverhältnissen ebenso abhängig wie das Maurergewerbe, und „früher“ wurde auch im Winter nichts gemauert, nichts gebaut. Das ist längst überwunden. Man baut Häuser im Winter wie im Sommer, zu jeder Zeit; man verputzt sie auch, innen wie außen, und wird die Kälte sehr streng, so wird häufig genug der ganze Bau mit einer soliden Holzverdachung umgeben, nur um die Arbeit nicht aufzuhalten. Man legt dem Mörtel Salz zu, trocknet das Gemäuer mit Kisten, obwohl beides erwiesenermaßen der Güte der Arbeit schadet. Trotz alledem: Es geht und wird gemacht, alljährlich, in privaten wie in städtischen und staatlichen Bauten.

Wenn aber in den Bau der Maler kommt und sieht zu, ob nicht auch er bald anfangen kann, und freut sich der trockenen Wände usw., dann macht man bedenkliche Gesichtser und spricht: Nein, das geht nicht; die Farbe wird nicht trocken und hält nicht, und überhaupt, es ist ja Winter. — Im günstigsten Falle wird die Erlaubnis zur Arbeit gegeben, wenn der Maler zusagt, selbst für die Folgen eintretender Schäden aufzukommen. Das ist natürlich eine zweideutige, oft folgenschwere Zusage; aber mancher bequemt sich trotzdem dazu, um doch für seine Arbeiter und sich selbst Beschäftigung und Verdienst zu haben.

Nicht besser ist es bei Arbeiten, Erneuerungen, Auswechslungen, Ausbesserungen in bewohnten Gebäuden. Das Publikum ist seit Uraltzeiten in die Ueberzeugung hineingewachsen, es müsse für alle Malerarbeiten schönes Wetter und möglichst warm sein. Mancher Hausfrau ist ganz unglücklich und untröstlich, wenn der Maler kommt zum Streichen einer Tür, zum Lackieren eines Bodens oder gar zum Tünchen der Küche, und es scheint die Sonne nicht dazu oder es regnet etwa. Es kommt sogar vor, daß der Maler dann gar nicht beginnen darf. „Ist die Arbeit noch so klein — Zum Malen muß schönes Wetter sein“ — jagte einst eine Kanzleiratsgattin zum Schreiber dieser Zeiten, und sie ließ lieber die Arbeit ein Jahr länger warten, als daß sie bei trübem Wetter die Ausführung erlaubt hätte.

Nun sollte man vernünftigerweise annehmen, daß das Publikum den Maler, Anstreicher oder Lackierer als Fach-

mann selbst beurteilen lassen könne, ob die jeweils herrschende Witterung und Temperatur die Ausführung einer Arbeit erlaubt oder unmöglich macht, oder ob die Haltbarkeit und das Aussehen der Arbeit ungünstig beeinflusst werden oder nicht. Man redet ja einem Schreiner oder Schmied, einem Schuhmacher oder Maurer auch nichts davon, wenn etwas zu machen ist, sondern verläßt sich auf dessen Fachkunde. Beim Maler aber weiß es die Kunstschaffte besser: Im Winter geht's nicht; es muß Sommer, mindestens Frühjahr oder Herbst sein. Fragt man, warum? So kommt immer wieder die Behauptung: die Farbe trocknet ja nicht, man kann darum nichts machen lassen.

Diese Behauptung ist aber keineswegs unbedingt zutreffend. Sie enthält wohl einen gewissen zutreffenden Kern, in ihrer Verallgemeinerung aber ist sie ebenso unrichtig wie so manche andere Ansichten von Laien, und selbst Behörden über berufliche Dinge. Es sei hier nur an die bekannte, schon oft als falsch erwiesene, aber immer wieder aufs neue erhobene Vorschrift von dem „dreimaligen Geißölen von Eichenholz“ erinnert — eine Vorschrift, die eigens dazu geschaffen scheint, die Arbeit schlecht und den Maler verächtlich zu machen.

Vor allem ist es ein Inding, alle Farben in gleicher Weise als nicht trocknend zu bezeichnen; es ist doch ein himmelweiter Unterschied zwischen Öl- und Lackfarben einerseits und Wasserfarben aller Art andererseits. Auf das Trocknen der Lackfarbenanstriche und Lackierungen hat die Temperatur bei weitem nicht jenen großen Einfluß, wie das Publikum gewöhnlich annimmt. Diese Stoffe trocknen nicht durch Verdunstung wie die Anstrichfarben mit wässrigen Bindemitteln, sondern ganz oder doch zum allergrößten Teile durch chemische Veränderungen in den Anstrichschichten, hauptsächlich durch Aufnahme von Sauerstoff. Wenn auch diese Sauerstoffaufnahme und damit das Trocknen der Anstriche durch niedrige Wärmegrade verzögert wird, so ist diese Verzögerung doch niemals so stark, daß man sagen könnte, „es trocknet nicht“. Außerdem hat man es in der Hand, die Trockenzzeit der Lackfarben durch Zusatz von geeigneten Mitteln (Sikativen, Trockenstoff) ganz nach Bedarf zu beeinflussen, ohne daß die Güte der Arbeit dadurch herabgesetzt wird. (Fortsetzung folgt.)

ästlichen Bedingungen wird jedoch von Zeit zu Zeit bei Entscheidungen über die Schule zu entscheiden. Ohne hinreichenden Grund sollte diese Maßregel, die ohnehin die Kinder, welche sich damit meistens während der Strafe herumtreiben, keineswegs gegen Aufstellungen hindert, jedenfalls nicht getroffen werden; denn in den Großstädten genügt diejenige Kinder, welche die Schule besuchen, vielfach den Vorteil, daß sie daselbst Frühstück und Mittagessen erhalten. Auch ermöglicht die Volksschule den Vätern, tagsüber dem Arbeiterberuf nachzugehen. Aus Familien, bei denen die Grippe herrscht, sollten Kinder nicht in die Schule geschickt werden.

Der einzelne Mensch wird sich, da der Krankheitsstoff vermutlich durch den Mund oder die Nase Eingang in den Körper findet, zweckmäßig dadurch gegen die Krankheit zu schützen suchen, daß er vorabfallig auf Keimübertragung bedacht ist, insbesondere vor dem Essen, sowie vor der Zubereitung der Speisen sich regelmäßig die Hände wäscht. Nach dem Aufschlag von erkrankten Personen empfiehlt es sich ferner, täglich mehrmals zu duschen, zum Beispiel mit warmem Wasser, dem etwas Kochsalz zugegeben ist, sowie Weizen- oder Tee-löffelbrühe auf ein Glas Wasser.

Bei älteren Leuten, bei Herzkranken und bei Augenleidenden nimmt die Krankheit erfahrungsgemäß nicht selten einen längeren Verlauf. Sie sollten deshalb, wie übrigens auch jedermann, dem seine Lebensweise und sein Beruf es gestatten, den Maskeverehr meiden, sich von Gelegenheiten fernhalten, wo sie mit vielen Menschen in nahe körperliche Berührung kommen oder von andern angehaftet werden können.

Trotz aller Vorsicht, eine Erkrankung ein, so soll man nicht die Krankheit hinführen, indem man der gemauerten Bevölkerung weiter nachgeht. Man verbeuge sich vielmehr schon bei dem ersten Zeichen des Nennobstanzes (Kopfschmerzen, Fieber, Kopfweh, Schnupfen, Husten, Abgeschlagenheit oder Gliederschmerz) alsbald ins Bett. Dies ist vor allem zur Schonung des Herzens notwendig. Neben die Erhebungen es erkrankter, ärztliche Hilfe zu suchen, so verschiebe man dies nicht bis auf den Abend oder bis in die Nacht, weil die Ärzte gegenwärtig mit Berufsgeheimnissen überlastet sind und weil die Verkehrsmittel besonders nachts verfallen. Die Behandlungsweise muß sich nach der Weisung des zugezogenen Arztes richten.

### Sozialpolitisches.

Dem neuen Reichsarbeitsamt sind folgende Arbeits-fächer zugewiesen worden:

Die beiden sozialpolitischen Abteilungen des Reichs-ministeriums werden bei der Neuorganisation dieses Amtes abgeändert und dem zu errichtenden Reichsarbeits-amt angegliedert. Dem Arbeitsamt werden ferner folgende Aufgaben zugewiesen: Angelegenheiten des Gewerbesens (Gewerbeordnung, einschlägliche Ministerien, Bühnen-gesetz, Arbeiterrecht, Sonn- und Feiertagsruhe, Berufsvereine, Handlungsgesellschaften, Privatangelegenheiten mit Ausnahme ihrer Versicherungen, Wertmeister, Leiharbeiter, Tarifver-träge, Arbeiterkammern, Einigungsämter, Koalitionsrecht, Verhältnisse des Arbeitsmar-ktes, Arbeitsnachweise, Arbeitslosen-fürsorge und -versicherung, Sparsparwesen, Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Ar-beiter, Lotterien und Spielbanken, Volkszählung sowie die händliche Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, ferner die Bearbeitung der Fragen des Ver-sicherungsweises mit der Arbeiterver-sicherung, besonders Kranken-, Invaliden- und Hinter-bliebenenversicherung der Arbeiter, Versicherung der Ange-stellten Reichsversicherungsamt und Reichsversicherungs-amt für Angestellte), Kriegswochenhilfe, privates Ver-sicherungsweisse (Aufsichtsrat für Privatversicherung), Pen-sionskassenwesen, Gastpflichtgesetz, Wohlfahrtsvereine, Jugendfürsorge, Kriegs-wohlfahrtsfürsorge (Reichsbeihilfen), soziale Kriegs-behilfen, Kriegswochenhilfe und Zuschüssen im vaterländischen Hilfsdienst sowie Wohnungsfürsorge.

Die Leiter der beiden sozialpolitischen Abteilungen, Ministerialsekretär Dr. Caspar und Direktor Wuer-meling, werden vom Reichsarbeitsamt übernommen.

Dem Staatssekretär Bauer ist der Zentralverwalter-gesetz als Unterstaatssekretär zur Seite ge-stellt worden.

**Arbeiterlöhne und Arbeiterpreise.** Die hohe Be-deutung der Arbeiterpreise für die soziale Stellung der Arbeiterklasse im ganzen öffentlichen Leben ist einseitigen Arbeitern längst kein Geheimnis mehr; Sachkundige haben den engen Zusammenhang oft dargestellt. Kennerig aber ist ein Hinweis darauf, daß die Preise unmittelbaren Ein-fluß auf die Lohnhöhe hat. In der „Deutschen Arbeit“, dem wissenschaftlichen Monatsblatt der christlichen Gewerkschaften, wird das an einem schlagenden Beispiel dargestellt. Es heißt da unter anderem:

„Zu einer Gefahr für das ganze soziale Leben wächst sich mehr und mehr die öffentliche Auseinandersetzung über die Arbeiterlöhne im Kriege aus. Wir sind heute schon an dem Punkt angelangt, wo der statistische Nachweis der Ar-beiterorganisationen, daß die Lohnsteigerungen weit hinter der allgemeinen Annahme zurückbleiben und erst recht keinen genügenden Ausgleich für die Teuerung schaffen, an einem Panzer von Vorurteilen wirkungslos abprallt. Ebenfalls nicht der Nachweis, daß nicht die Lohnsteigerung bei der allgemeinen Teuerung zurecht reicht, so daß sie etwa als erste Ursache der Teuerung anzusehen wäre, sondern daß vielmehr die Teuerung ihren Ursprung genommen hat von einer Heranzückung der Warenpreise unter dem Einfluß der Kriegswirtschaft und der daraus resultierenden Inflation. Erst danach folgte in weiten Abständen der Lohn. Alle diese Nachweise verlangen heute, wie gesagt, schon gar nicht mehr. Die Arbeiter sollten einfach zu hohe Löhne verdienen, sie sollen an der Teuerung schuld sein. So wird der Arbeiter-lohn zum Mittelpunkt sozialer Verwirrung und Ver-unsicherung. Die Folge ist, daß den Organisationen der Ar-

beiterbewegung die Steigerung des Lohnes immer schwerer fällt, und das ist es ja letzten Endes, was die Inter-essen von der andern Seite mit ihrer Hebe erstreben. Aus all dem ergibt sich, daß der Einfluß der Arbeiter-bewegung auf die öffentliche Meinung noch einer wesent-lichen Verstärkung bedarf.“

Die „Deutsche Arbeit“ erklärt es für eine der wich-tigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung, wenigstens für die Zeit der Übergangswirtschaft eine andere öffent-liche Atmosphäre zu schaffen. Die bürgerliche Presse habe unter dem Eindruck der leidenschaftlichen Verheerung der Teuerung die Arbeiterbewegung fast völlig verlagert. Als einziges Mittel zur Besserung bleibt also die energische weitere Ausbreitung der sozialdemokratischen Tagespresse offen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiterklasse hat sie zu einem unmittelbaren Lohninteresse der Arbeiterklasse gemacht.

### Dom Ausland.

**Schweiz.** Unter Schweizerischer Bruderverband erhebt in der Zeit vom 27. Oktober bis 10. November dieses Jahres eine umfassende Statistik über die Lohn- und Arbeits-beingungen sowie über die Wohnungsverhältnisse. Größere Statistiken sind schon 1910 und 1913 vorgenommen worden. Der Zentralvorstand, der die Ergebnisse schon im Januar 1910 bekanntgeben will, ermahnt die Kollegen, alle Fragen pein-lichst exakt zu beantworten und die Fragebogen rechtzeitig einzusenden.

Wer mit dem Wesen und Zweck periodischer, allgemeiner Statistiken vertraut ist, der weiß genau, daß diese der Ver-bandbewegung in jeder Beziehung sehr wertvolle Dienste geleistet haben und noch leisten werden. Besonders in der heutigen Zeit ist es zweifellos von eminenter Bedeutung, die Resultate in öffentlich niedergelegter Statistik für spätere Zeiten festzuhalten. Die Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen bilden unstreitbar einen grundlegenden Teil der gewerkschaftlichen Aufgaben; nicht minder wichtig ist die Beantwortung der übrigen Fragen, alles zusammengenommen ergibt ein überblickliches Bild der jeweils bestehenden Lebenslage des Arbeiters.

### Literarisches.

„Die Glocke“. Sozialistische Wochenschrift. Heraus-geber: Parvus. Die sechsten erschienenen Nr. 80 hat folgenden Inhalt: Der Sieg der Entente von Ernst Sellmann. Dester-reichische Hoffnungen von Stefan Grohmann. Die neue Lage und die Gewerkschaften von August Winnig. Der englische Schussengel von Alwin Sanger (München). Eine Synthese der geistigen Kultur von Ludwig Rosenberger. Glosse. Das Einzelheft dieser empfehlenswerten Wochenschrift kostet 50 Pf., vierteljährlich durch die Post oder Buchhandlung bezogen M. 6. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 114.

„Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte“ von Konstanze Franke. 28. verbesserte Auflage. 304 Seiten. Preis gebunden M. 4,75. May Hesses Verlag, Berlin W 15. Das geschmackvoll und vornehm ausgestattete Buch behandelt seinen vielseitigen Stoff — wie: Persönliches — In der Gesellschaft — In der Öffentlichkeit — In der Familie — Bei besonderen Gelegenheiten — Briefliches — Geschäftliches — musterbildend und erschöpfend. Kein Alter, kein Stand, keine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Das Buch dürfte sich recht gut als Geschenk für Weihnachten, Geburts- oder Namenstag eignen.

**Zentralverband der Bäcker, Konditoren und ver-wandter Berufe Deutschlands.** Protokoll über die Ver-handlungen des 14. ordentlichen Verbandstages vom 6. bis 10. Mai in Leipzig. Anhang: Protokoll der 2. Reichs-konferenz der Genossenschaftsbäcker. Preis für Mitglieder 50 Pf., für Nichtmitglieder M. 3. Selbstverlag des Zentral-verbandes in Hamburg.

### Sterbetafel.

Berlin. Am 21. Oktober starb der Kollege Otto Schulz (Bäckerei), geb. am 21. September 1888 in Witten.

Leipzig. Am 18. Oktober starb unser Mitglied, der Kollege Oswald Müller im Alter von 28 Jahren.

Regensburg. Am 24. September starb unser Kollege S. Fichtler im Alter von 86 Jahren.

Wiesbaden. Am 6. August starb das Mitglied Karl Firschoch, geb. 8. Juli 1882 zu Dohheim bei Wies-baden, an Hirnentzündung. — Am 11. August starb das Mitglied Rudolf Bender, geb. 15. August 1890 zu Wehen bei Wiesbaden, an Gehirnentzündung.

**Ehre ihrem Andenken!**

### Vereinstell.

**Bericht der Hauptkassiere vom 21. bis 26. Oktober.**

**Eingekandt haben:** Worms M. 100, Wiesbaden 428,35, Gotha 500, Cassel 300, Gildesheim 71,02, Oldenburg 100, Frankfurt a. M. 500, Saarbrücken 250, Bamberg 177,80, Leipzig 400, Berlin 500, Hamburg 500.

Sämtliche Geldsendungen sind auf unser Postcheckkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes der Maler Nr. 11 598 Postcheckamt Hamburg ein-zuzahlen.

Die Woche vom 3. bis 9. November ist die 45. Wei-tragswoche. S. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 42 des „Correspondenzblattes“ bei.



### Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Dauer, Fritz, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 3. 10. 86 zu Ludwigshafen, seit 14. 6. 10 im Verband.
- Bechtaler, Karl, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 1. 4. 98 zu Mainz, seit 28. 4. 15 im Verband.
- Wöhlich, Willi, Mitglied der Filiale G. B. r. i. h., geb. 15. 4. 98 zu G. B. r. i. h., seit 21. 4. 17 im Verband.
- Czechan, Anton, Mitglied der Filiale Domburg, geb. 21. 5. 82 zu Czochzin, seit 28. 4. 11 im Verband.
- Derheimer, Wilhelm, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 8. 7. 85 zu Oppenheim, seit 28. 2. 11 im Verband.
- Dier, Fr., Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 30. 9. 81 zu Uffelheim, seit 29. 7. 08 im Verband.
- Engelmann, Paul, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 18. 2. 85 zu Dresden, seit 3. 5. 03 im Verband.
- Engler, Andreas, Mitglied der Filiale Frank-furt a. M., geb. 26. 11. 80 zu Heilingsfeld, seit 18. 5. 10 im Verband.
- Jang, Georg, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 18. 5. 80 zu Ludwigshafen, seit 18. 7. 07 im Verb.
- Hatmich, August, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 18. 5. 72 zu Hannover, seit 16. 4. 98 im Verband.
- Haußlein, Arno, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 28. 10. 91 zu Zschützdorf, seit 20. 5. 18 im Verband.
- Hellmann, Josef, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 22. 12. 79 zu Mannheim, seit 29. 9. 12 im Verband.
- Heinrich, Max, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 8. 1. 87 zu Dresden, seit 18. 12. 12 im Verband.
- Heunelinger, Rob., Mitglied der Filiale Dresden, geb. 7. 10. 81 zu Isehl, seit 17. 3. 08 im Verband.
- Hofenberger, G., Mitglied der Filiale Mann-helm, geb. 22. 2. 93 zu Hefheim, seit 9. 6. 12 im Verband.
- Kaul, Wilhelm, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 12. 5. 86 zu Bingen, seit 17. 10. 10 im Verband.
- Küh, W., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 23. 10. 85 zu Wiesbaden, seit 6. 7. 08 im Verband.
- Kurz, Karl, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 23. 10. 80 zu Schwehingen, seit 7. 7. 14 im Verband.
- Linder, Jakob, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 6. 9. 89 zu Westhofen, seit 27. 5. 07 im Verband.
- Mäder, Arthur, Mitglied der Filiale Forst, geb. 16. 7. 92 zu Forst, seit 8. 8. 12 im Verband.
- Meister, Martin, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 22. 5. 99 zu Polschappel, seit 23. 4. 16 im Verband.
- Müller, Fritz, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 27. 4. 94 zu Dresden, seit 14. 6. 11 im Verband.
- Neils, Leonhard, Mitglied der Filiale G. B. n., geb. 12. 10. 88 zu W. Glabbach, seit 23. 2. 08 im Verband.
- Neuh, Ludwig, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 18. 3. 86 zu Orten, seit 26. 7. 04 im Verband.
- Ott, Josef, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 28. 9. 83 zu Frauenstein, seit 27. 3. 10 im Verband.
- Peterfen, Heinrich, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 5. 11. 93 zu Hamburg, seit 11. 5. 14 im Verband.
- Peterfen, Wilhelm, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 21. 5. 96 zu Elmshorn, seit 21. 8. 15 im Verband.
- Peiri, Wilhelm, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 28. 5. 82 zu Grünstadt, seit 5. 5. 12 im Verband.
- Porlony, Otto, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 19. 12. 85 zu Baden-Baden, seit 9. 5. 03 im Verb.
- Przybylowski, Joh., Mitglied der Filiale Danzig, geb. 29. 5. 87 zu Danzig, seit 5. 3. 18 im Verband.
- Quintilian, F., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 8. 2. 78 zu Stuttgart, seit 2. 8. 07 im Verband.
- Rademacher, Max, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 11. 3. 88 zu Nichtenberg, seit 6. 6. 09 im Verband.
- Roch, Richard, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 8. 10. 88 zu Deuben, seit 24. 6. 06 im Verband.
- Rosenberger, Emil, Mitglied der Filiale Frank-furt a. M., geb. 8. 3. 78 zu Oberrodendach, seit 14. 10. 06 im Verband.
- Schleich, Johannes, Mitglied der Filiale Frank-furt a. M., geb. 1. 8. 78 zu Langenselbold, seit 5. 2. 05 im Verband.
- Schmidt, Kurt, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 25. 3. 96 zu Weihen, seit 12. 4. 18 im Verband.
- Schiel, Adolf, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 6. 3. 80 zu Krakow i. Böh., seit 17. 6. 06 im Verband.
- Shieme, Arthur, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 17. 6. 98 zu Ottendorf, seit 16. 5. 15 im Verband.
- Tittel, Rudolf, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 3. 4. 99 zu Dresden, seit 3. 4. 16 im Verband.
- Velte, G., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 9. 4. 84 zu Wiesbaden, seit 18. 3. 12 im Verband.
- Wagner, Bernh., Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 25. 12. 79 zu Mainz, seit 17. 3. 07 im Verband.
- Welschenbach, R., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 27. 6. 90 zu Bierstadt, seit 1. 11. 08 im Verband.
- Wiegner, Hermann, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 15. 3. 93 zu Bautzen, seit 3. 7. 11 im Verband.
- Wintermeyer, W., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 29. 8. 69 zu Dohheim, seit 2. 5. 97 im Verband.
- Wirth, S., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 1. 11. 73 zu Bierstadt, seit 27. 6. 97 im Verband.
- Wittig, Wilhelm, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 28. 2. 80 zu Mainz, seit 12. 7. 08 im Verband.
- Wornast, Edmund, Mitglied der Filiale Frank-furt a. M., geb. 14. 2. 84 zu Lods, seit 28. 4. 06 im Verband.

**Ehre ihrem Andenken!**